Breslau, 18. Oktober 1930 — 7. Jahrgang / Nr. 42.

Die Beamten-Post

Größte Wochenzeitung des Ostens für Beamte und Pensionäre

Erscheint jeden Sonnabend. Bestellungen nehmen die Postanstalten und die Geschäftsstelle entgegen. Fernsprecher: 283 14. Postscheck Breslau 2880.

Bezugspreis ausschl. Bestellgeld vierteljährl. 50 Pfg. Anzeigenpreis: Die 1spaltige mm-Zeile 15 Pfg. Geschäftsstelle: Herrenstr. 30. Geöffnet von 9—6 Uhr

Offizielles Nachrichtenblatt für das Ortskartell Groß-Breslau des Deutschen Beamtenbundes, den Preußischen Beamtenverein zu Breslau, den Schl. Pensionärverband, die Verwaltungs-Akademie Breslau, den Beamten-Wohnungsverein Breslau, die „Postheimstätte" und die Beamtenbank Schlesien.

Beamte, bleibt nicht! Bleibt!

Nun haben wir's satt!

Wehrt Euch!

Zur Abwehr der Beamtenhetze, soweit sie aus Kreisen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes stammt, wendet sich Regierungsrat Hesse, nachdem er die „Blüten widerlichster Art", die die Beamtenhetze treibt, gebührend gekennzeichnet, mit folgendem Vorschlag:

„Gegen diese Verwilderung, der jeder anständige Mensch nur mit Abscheu begegnen kann, muß sich die Beamtenschaft ernsthaft zu wehren suchen. Meines Erachtens gibt es, nachdem alle Aufklärungen fruchtlos geblieben sind, nur den Weg, daß die Beamten jeder abfälligen und gehässigen Kritik an ihrem Berufsstand nachgehen und

den betreffenden Verleumder boykottieren.

Nur dadurch wird es möglich sein, dem weiteren Umsichgreifen dieser Gehässigkeiten zu begegnen. Der geeignetste Weg zur Durchführung dieser Maßnahmen wird der sein, daß die Beamtenschaft an sämtliche im Ort oder in dem betreffenden Bezirk wohnhaften Beamten mitteilt, welche Kaufleute und Gewerbetreibenden sich an diesen Verleumdungen beteiligen, um bei der Auswahl der Geschäfte nicht diejenigen zu unterstützen, die sich als der Beamtenschaft grimmigste Feinde gezeigt haben."

Wir wollen hierbei jedoch gern daran erinnern, daß sich gerade der Breslauer Einzelhandel gegen ein Notopfer der Beamtenschaft ausgesprochen hat.

Immerhin wird die Beamtenschaft gut tun, bei ihren Einkäufen in erster Linie die Firmen zu berücksichtigen, die in der „Beamten-Post" inserieren; denn diese beweisen dadurch wenigstens, daß sie auf ein Zusammenarbeiten mit der Beamtenschaft Wert legen.

Schafft Aufklärung!

Zum Kapitel „Notopfer" macht ein Kollege folgende Ausführungen, die u. E. die allgemeine Stimmung in den Kollegenkreisen charakteristisch wiedergeben:

„Die Würfel sind gefallen und die Gehaltskürzung mit 6 Prozent ist perfekt geworden, wenigstens bei der Reichsregierung. Wird die Beamtenschaft diese Pille ab 1. April 1931 schlucken müssen? Bis dahin soll es wichtigste Aufgabe eines jeden Kollegen sein, wenigstens nach meiner unmaßgeblichen Ansicht, bei der sich jetzt neu auftuenden Sachlage stetig dem Vereinsorgane Material zu liefern, daß aufgezeigt werden kann, bei welchen anderen Volksschichten außer den wirtschaftlich glänzend dastehenden Beamten ein fruchtbarer Boden für ein Notopfer sich findet. Wenn jetzt nicht von jedem ernst gemacht wird, unablässig und überall zu spähen, wo der Besitz steckt und wer das Geld hat, dann werden die „Wirtschaft" und die beamtenfeindlichen Kreise es über kurz oder lang durchsetzen, daß 10 Prozent und mehr gekürzt werden. Wenn alles schwankt, wie soll für eine Beamtenfamilie noch ein Haushaltsplan auf lange Sicht aufgestellt werden können? Wo ist da Anfang und Ende, Ziel und Weg? Diesen Kreisen muß es mit allen Mitteln der Aufklärung und der Presse klargelegt werden, daß

ein Wüten gegen das Beamtentum ein Schnitt in das eigene Fleisch ist, daß die Wirtschaft totsicher mit dem Beamtentum steht und fällt.

Warum haben z. B. die Nationalsozialisten, denen ich nebenbei bemerkt persönlich neutral gegenüber stehe, den 2. Platz im Reichstage gegenüber früher einer bedeutungslosen Partei erobert? Weil jedes Parteimitglied es als eine Ehrenpflicht betrachtet, unablässig Kleinarbeit zu leisten, aufzuklären und Gesinnungsgenossen zu gewinnen. Ueber allen Verbandsblättern müßte in Balkenschrift der Aufruf erscheinen: „Kameraden, Kollegen von den Masuren bis zum schwäbischen Meere, schließt die Reihen, steht einig zusammen, einig, einig!" — Wenn jetzt das Notopfer mit der Arbeitslosenversicherung begründet wird, kann dies morgen mit einem Defizit der Krankenkassen usw. geschehen!! — Ich für meine Person mache in meinen Geschäftskreisen mit Aufklärung den Anfang. Gestern bestellte ich mit noch einigen Kollegen Tabak bei einer Firma, mit der ich schon 19 Jahre in Geschäftsverbindung stehe, zugleich auch bei einer Firma in P. Fleischwaren. Beiden Firmen fügte ich bei, daß infolge Gehaltskürzung diese Bestellungen die letzten seien, so sehr wir es bedauern, und schloß mit dem Ersuchen, dies in ihren Berufsorganisationen zur Sprache zu bringen, wenn sich das Notopfer nach und nach fühlbar macht und die Geschäftswelt über Konjunkturrückgang sich beklagt.

Selbsthilfe!

Brief an die Expedition der Tageszeitung in Y.

Infolge der Schmälerung meiner Bezüge durch Notopfer und andere Steuererhöhungen bleibt mir nichts anderes übrig, als an sog. Kulturausgaben zu sparen. Ich lese Ihre Zeitung mit mehreren Nachbarn und bestelle Ihre geschätzte Zeitung zum 1. 11. 30 ab.

Hochachtungsvoll
N. N.

Brief an das Telegraphenamt in Y.

Infolge ... (s. ob.) ... Ich melde daher zum 1. 11. 1930 den Telephonanschluß ab.

Brief an die Intendantur des Städt. Theaters zu Y.

Infolge ... (s. ob.) ... Ich melde daher die Theaterdauerkarte für das nächste Spieljahr ab und werde darüber hinaus noch gezwungen, auch keine Einzelvorstellungen mehr zu besuchen.

An alle nicht gewerkschaftlichen Vereine zu Y.

Infolge ... (s. ob.) .... Ich erkläre daher meinen Austritt.

Abschied vom Barbier.

Infolge ... (s. ob.) ... Ich muß mich fortan allein rasieren. Das trifft Sie ja um so weniger, als Ihnen das Reichskabinett entsprechende Senkungen der Gewerbesteuer versprochen hat.

usw., usw.

Dr. S.

Mitarbeit im Kampf um die Preissenkung!

Die Heranziehung der Beamtenschaft zu Sondersteuern, wie wir sie in den Notmaßnahmen der derzeitigen Reichsregierung erleben, berechtigt die Beamtenschaft in erster Linie, Forderungen auf

Erhaltung der Realkaufkraft

ihrer Einkommen zu erheben. Die Beamtenschaft begrüßt daher die Bestrebungen auf Senkung des Preisniveaus — insbesondere bei den Konsumentenpreisen — und erwartet ein tatkräftiges Durchgreifen in allen Fällen, in denen unberechtigte Preisspannen vorliegen. Der Deutsche Beamtenbund erwartet von der Reichsregierung, besonders in der Frage der Kartell- und Monopolpreise eine tatkräftige Durchführung der in Angriff genommenen Maßnahmen und als Erfolg eine Senkung der unberechtigten Preisspannen bei preisgebundenen Artikeln, insbesondere auch den Markenwaren. Aus dem amtlichen statistischen Material ergibt sich bei vielen Artikeln einwandfrei die Tatsache, daß

die Konsumentenpreise (Ladenpreise) überhöht

sind, und daß auf zahlreichen Gebieten die gesamten Produzenten- und Großhandelspreise sich im Endpreis, d. h. den für den Konsumenten maßgebenden Ladenpreis wenig oder gar nicht auswirken.

Die Schwierigkeiten, durch irgendwelche gesetzliche Maßnahmen wirtschaftliche Dinge zu beeinflussen, werden gewiß nicht unterschätzt, indessen ist doch zu beachten, daß Hinweise auf offenbare Mißstände, energische Forderung auf Abstellung und der von der großen Organisation bekundete

Wille zur Abwehr

auf die Entwicklung dieser wirtschaftlichen Dinge nicht ohne Einfluß bleibt. Die Kartelle müssen als die Vertreter der örtlich zusammengefaßten Beamtenschaft der Preisfrage noch mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zuwenden; ähnlich oder besser in noch stärkerem Maße wie 1927, wo mit Erfolg gewisse Bestrebungen vereitelt werden konnten, die aus Anlaß der Besoldungsreform eine Preiserhöhung durchsetzen wollten.

Wie aus der Verlautbarung des Reichskabinetts an den Reichswirtschaftsrat ersichtlich ist, wird der R. W. R. sich weiter mit Einzelnachprüfungen von bestimmten Preisverhältnissen befassen. Die Kartelle und Verbände müssen deshalb, falls ihnen

besonders krasse Fälle schädlicher Preisbindungen

oder ungerechtfertigter Preisspannen an bestimmten Plätzen und bei bestimmten Artikeln aufgefallen sind oder noch auffallen, das entsprechende Material möglichst umgehend weiterleiten.

Der Lohn für alte Pflichttreue!

Telegramm an Reichskanzler Dr. Brüning.

Der Deutsche Beamtenbund hat sofort am Tage des Bekanntwerdens der Gehaltskürzungspläne sich in einem Telegramm an Reichskanzler Dr. Brüning gewandt. In dem Telegramm ist zum Ausdruck gebracht, daß die Beamtenschaft durch die Pressemeldungen über die Gehaltskürzungspläne um so mehr überrascht worden sei, als der

verantwortliche Reichsfinanzminister dem Deutschen Beamtenbund die Zusicherung gegeben hatte, sich vor einschneidenden Maßnahmen mit den Beamtenorganisationen zu beraten.

Weiter wurde erklärt, daß nach Durchführung der Reichshilfe die Beamtenschaft annehmen mußte, daß alle Gehaltskürzungspläne endgültig erledigt seien.

Der Deutsche Beamtenbund hat dem Reichskabinett zum Ausdruck gebracht, daß die Beamtenschaft derartige, die soziale und wirtschaftliche Lage der Beamten nicht berücksichtigende völlig unmögliche Vorschläge, wie sie in der Presse bekanntgegeben worden sind, ablehnen müßte.

Es ist vor allem nötig, daran zu erinnern, was vor kurzem noch für Erklärungen abgegeben worden sind! Als Reichskanzler Dr. Brüning am 28. Juni im Reichsrat das Reichshilfegesetz begründete, hat er erklärt, „daß gerade eine solche befristete Form einer Ersparnis an den Personalausgaben für die Beamtenschaft zweifellos die mildeste überhaupt aufzufindende Form ist." Wir waren anderer Auffassung als der Herr Reichskanzler. Immerhin hat auch Herr Dr. Brüning damals das Hauptgewicht auf die befristete Form der sogen. Reichshilfe gelegt.

Jetzt also will man die Befristung aufheben und eine dauernde Gehaltskürzung einführen, die weit über den Rahmen des bisherigen sogenannten Notopfers geht.

Die Antwort des Reichskanzlers in der Regierungs-Erklärung.

Die Gehalts- und Preispolitik der Reichsregierung verfolgt, was ich mit Nachdruck betonen möchte, mit ihrem auf längere Sicht eingestellten Plan

keine dauernde Senkung des Reallohnes,

sie will (!!) vielmehr das sachlich vielfach nicht gerechtfertigte und danicht zu erreichen, ohne daß auch eine gewisse Beweglichkeit in die Löhne und Gehälter gebracht wird. (Lärm bei den Kommunisten und her unhaltbare Preisgebäude ins Wanken bringen. Dieses Ziel ist Rufe: Schiedsspruch), die in Deutschland zu etwa 75 Proz., sei es durch Gesetz, sei es durch Tarifverträge, gebunden sind.

Die Aufgabe, die deutschen Preise der Weltpreislage anzumessen, ist für unsere wirtschaftliche Gesundung so wichtig und dringend, daß sie selbst dann durchgeführt werden muß, wenn alle (!!) Schichten des deutschen Volkes unbequeme Opfer tragen müssen. (Rufe bei den Komm.: Aber die Besitzsteuern werden gesenkt!) Bei solchen Maßnahmen bedarf die Reichsregierung vor allem der tatkräftigen Mithilfe der

Beamtenschaft.

(Abg. Torgler (Komm.): Immer wieder der alte Schmus!) Die Beamtenschaft hat in alter Pflichttreue ihre Kräfte dem Staate zur Verfügung gestellt. Bei der besonderen Schicksalsverbundenheit zwischen Beamten und Staat ist es nicht zu vermeiden, daß auch die Beamtenschaft materielle Opfer bringt. Die Beamtenschaft wird und muß es verstehen, daß sie nicht unberücksichtigt bleiben kann, wenn es gilt, die Sanierung der Finanzen der gesamten öffentlichen Hand in die Wege zu leiten. Sie wird dieses Opfer bringen, trotz der

unverantwortlichen Hetze, die sich in der letzten Zeit gegen das Berufsbeamtentum breit gemacht hat.

(Unruhe links, Rufe: Stegerwald!) Staat und Volk haben ein unbedingtes Interesse an der Aufrechterhaltung eines pflichttreuen Berufsbeamtentums; die Regierung wird das ihrige tun, um ungerechtfertigte Angriffe von der Beamtenschaft abzuwehren.

Die Dauer-Erhaltung des Reallohnes (!!) der Beamten, Angestellten und Arbeiter trotz geringerer Nominalbezüge ist ohne eine allgemeine Kostenminderung in der gesamten deutschen Wirtschaft und eine ihr entsprechende

allgemeine Preissenkung

nicht möglich. Eine derartige Preispolitik wird einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts bedeuten, das jetzt durch den Sturz der Rohstoffpreise gestört ist.

Die Regierung will ein Arbeitsschutzgesetz, ein Bergarbeitergesetz, eine Neuregelung der Unfallverhütung und Sozialversicherung und ein Tarifvertragsgesetz vorlegen; von irgendeinem Beamtengesetz (über Beamtenvertretungen, Beamtenunfallfürsorge, Beamtenrecht) ist keine Rede.

Opfer verlangen eine Idee, für die geopfert werden soll. Die Opfer, die von der Beamtenschaft verlangt werden, sind nach dieser Regierungserklärung sinn- und wertlos; sie werden weder zu einer Sanierung der Kassen, noch zu einer fühlbaren Preissenkung führen.

Die Befristung der Gehaltskürzung wird das Schicksal der Befristung der Vierteljahrszahlungen der Gehälter teilen. Im übrigen ist von einer Rückkehr zu den jetzigen Nominalgehältern keine Rede; es wird nur von einer Senkung des Reallohnes gesprochen! Dafür wird „unter allen Umständen eine ausreichende Unterstützung den Arbeitslosen gesichert" werden!!

„Unsere junge Generation lebt in völliger Ungewißheit über ihre Zukunft!" Die Beamtenschaft nach dieser Regierungserklärung auch!

Aber die Beamtenschaft wird jung und wach bleiben! Diese Regierung hat das Signal dazu gegeben.

Handels- u. Gewerbebank Breslau
E. G. m. b. H. (vorm. Vorschuß-Verein) Telefon: 570 41
Hauptgeschäft: Büttnerstraße 28-31
Depositenkasse Schlachthof: Frankfurter Straße 109
Die Bank des Mittelstandes seit 1859
Annahme von Spar- und Depositengeldern von jedermann
Gehaltsüberweisungen
Zeitgemäß höchste Verzinsung

Der Abstieg.

Der Beamtenschaft hat sich, wie zu erwarten war, infolge der angekündigten Gehaltskürzung eine tiefgehende Bestürzung bemächtigt. Diese Bestürzung ist durchaus verständlich, denn der Eingriff in das erdiente Gehalt ist für alle Beamtengruppen überaus empfindlich. Die Beamtenschaft empfindet diesen Eingriff um so mehr, als sie sich mit einem gewissen Recht als das Hauptopfer der einschneidenden Sparmaßnahmen fühlt. Eine Belastung der Allgemeinheit hat gewöhnlich zur Folge, daß die Lebenshaltung durch sie allgemein gesenkt wird, die Sondersteuer einer Gehaltskürzung senkt dagegen nur die Lebenshaltung einer Sondergruppe, nämlich der Beamtenschaft, und zwingt sie dadurch hinter die Lebenshaltung von nach öffentlicher Meinung sozial vergleichbaren Gruppen zurück. Es geht keinesfalls an, das gesamte Beamtentum nur immer mit den 3 Millionen Erwerbslosen zu vergleichen. Der Beamte hat zweifellos tiefes Verständnis für die Bitternisse, die mit der Erwerbslosigkeit verknüpft sind, und da die Ueberzahl der Beamten von Berufs wegen laufend mit Erwerbslosen zu tun hat, vielleicht mehr Verständnis für sie als manche andere Kreise, die von der Erwerbslosigkeit gewöhnlich nur in der Zeitung lesen und dann über ihre Zahl erschrecken. Es ist vielmehr nötig, das Beamtentum auch mit den über 30 Millionen Erwerbstätigen im Deutschen Reich zu vergleichen, die es immerhin doch auch noch gibt, und die das Durchschnittsmaß der Lebenshaltung in ganz anderer Weise entscheidend bestimmen als die Erwerbslosen. Wir haben erst in einer der letzten Ausgaben der „Beamten-Post" an dieser Stelle eingehend und unwiderlegbar nachgewiesen, in welcher Weise die Gehälter der Beamten hinter dem Einkommen und damit hinter der Lebenshaltung anderer Berufsstände von jeher zurückbleiben. Die angekündigte Gehaltskürzung bedeutet einen weiteren Abstieg der Beamtenschaft in dieser Beziehung.

Eine große Härte liegt in der Gehaltskürzung schon deshalb, weil der Beamte im Vertrauen auf den Art. 129 der Reichsverfassung in großem Umfange auch schon für die Zukunft oft bis zu kleinen Beträgen über sein Gehalt disponiert hat. Es sei hier nur an das Schulgeld, an den Unterhalt von Kindern, die die höhere Schule besuchen, an die Miete, an die Abtretung von Gehaltsansprüchen zum Wohnungsbau u. a. m. erinnert. Gewiß werden heute auch andere Volksgenossen in großer Zahl in die Zwangslage versetzt sein, umzudisponieren, Pläne aufzugeben; sicher wird es sich auch oft darum handeln, daß der Erwerb eines Siedlungshauses, der Schulbesuch eines Kindes aufgegeben werden, oder daß eine billigere Wohnung gesucht werden muß. Der Unterschied ist nur der, daß der Mensch der Wirtschaft dieses Auf und Nieder von vornherein in Rechnung stellen muß, und daß die Zeiten wirtschaftlicher Besserung ihm wiederum einen Ausgleich und die Wiedernaufnahme von Plänen gestatten. Das, was jedoch der Beamte bei einer Gehaltskürzung verliert und aufgeben muß, wird er niemals wieder einholen können. Denn es erscheint ausgeschlossen, daß das Beamtengehalt jemals so bemessen sein wird, daß dadurch wieder einmal ein Ausgleich vorgenommen werden könnte. Das, was das Beamtentum z. B. für die Erhaltung einer stabilen Währung seit dem Jahre 1923 durch Hungergehälter geopfert hat, ist für den einzelnen Beamten unwiederbringlich dahin. Der Beamte hat keine Aussicht, aus einem späteren Ueberfluß bei steigenden Konjunkturen seine Verluste wieder zu ersetzen.

Der Eingriff der Gehaltskürzung wird aber auch noch aus anderen Gründen schmerzlich empfunden. In zahlreichen Fällen überschneiden — wie Regierungsrat Dr. Böhme in einer Abhandlung über die „Reichshilfe" treffend darlegt — bekanntlich die tariflichen und vor allem die tatsächlich erreichten Löhne der Arbeiter die unteren Beamtengehälter mit zwar nicht großen, aber für den entsprechenden Anteil am Kulturleben entscheidenden Summen schon jetzt. Die städtische Einordnung des qualifizierten Industriearbeiters ist bekanntlich noch im Flusse, man kann daher die Frage offen lassen, wo er sich letzten Endes ständisch und lebenshaltungsmäßig einordnen wird. Aber das wichtigste ist, daß die Einordnung des Arbeiters — wie der augenblickliche Metallarbeiterkonflikt beweist — sich im fortlaufenden Kampfe mit dem Arbeitgeber vollzieht. In diesem Kampfe greift der Staat nur als Schlichter und insofern ein, als er durch die von ihm bestimmte Höhe der Erwerbslosenunterstützung die ausschließlich wirtschaftliche Korrektur des Arbeitsmarktes verhindert. Das Beamtengehalt bestimmt hingegen der Staat selbst, während die Rolle, die die Beamtenorganisation hierbei spielt, schon wegen der Unmöglichkeit eines Streiks niemals mit der einer Gewerkschaft verglichen werden kann. Da der Staat aber das Gehalt bestimmt, zudem auf andere Mittel sozialer Eingliederung verzichtet, kommt er zwangsläufig selbst in die Lage, zu der ständischen Auseinandersetzung über die Vergleichbarkeit der Lebenshaltung des Arbeiters und des unteren Beamten Stellung zu nehmen. Er hat dies bei der letzten Besoldungsregelung getan, indem er die Gehälter den gesteigenen Löhnen angepaßt hat. Die Löhne sind seitdem unbestreitbar weiter gestiegen. Die Gehälter, die demgegenüber nicht weiter gestiegen sind, werden jedoch jetzt durch die Reichshilfe bezw. durch die vom 1. April 1931 geplante Gehaltskürzung verkürzt. Dies ist nicht nur eine finanzielle Maßnahme, sondern ein Eingriff, den der Staat selbst in diese vollziehende soziale Neugruppierung vornimmt und die daher von den betroffenen Beamten über die finanzielle Wirkung hinaus als weiterer Abstieg in der sozialen Stellung der Beamtenschaft empfunden wird.

Zu diesem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg der Beamtenschaft gesellt sich auch der Abstieg von der Rechtsgrundlage der Beamtenschaft. Nach Art. 129 der Reichsverfassung sind die wohlerworbenen Rechte der Beamten unverletzlich. Der Begriff des Wohlerworbenen ist hierbei aus der Vergangenheit übernommen. Er ist — wie die RuPrVGl. sehr richtig betonen — hierbei aus der Vergangenheit übernommen. Er ist den Beamten ein Unterpfand dafür, daß mit dem Berufsbeamtentum durch die Reichsverfassung seine Rechte in derselben Weise aufrecht erhalten werden sollen, wie er diese vorher hatte. Es liegt im Zuge der Zeit, daß man von innen und außen her heute unter wohlerworbenen Rechten vorwiegend die Sicherheit des erdienten Gehaltes versteht. Nur dadurch ist es gekommen, daß das Wort in Zeiten einer Inflation, Stabilisierung und europäischen Wirtschaftskrise seinen guten Klang verloren hat, und daß aus einer im Wesen des Berufsbeamtentums liegenden ethisch, rechtlich, wirtschaftlich und staatspolitisch begründeten selbstverständlichen Notwendigkeit eine gewerkschaftliche Forderung geworden ist. Die Geschichtlichkeit des Begriffs berechtigt nicht etwa dazu, aus der tausendjährigen Geschichte des deutschen Berufsbeamtentums, das nicht erst durch den Stock Friedrich Wilhelms geschaffen worden ist, oder auch nur aus den letzten beiden Jahrhunderten Episodenzeiten auszuwählen, um seinen Inhalt zu bestimmen, sondern der Begriff der wohlerworbenen Rechte in der Reichsverfassung ist der, den die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Staatsdienerbegriff entwickelt hat und der bis zur Staatsumwälzung bestand und mit der Verfassung in die deutsche Republik übernommen worden ist. Er bestand und besteht darin, daß dem einzelnen Beamten als Ausgleich für die lebenslängliche, außerhalb des Erwerbslebens gestellte Bindung der vollen Person an den Staatsdienst die Sicherheit des erdienten Gehalts gewährleistet wird. Erst auf Grund dieser Garantie gewinnt die lebenslängliche Inanspruchnahme seitens des öffentlichen Dienstherrn ihre ethische, rechtliche und wirtschaftliche Berechtigung. Diese dem einzelnen Beamten verfassungsmäßig gegebene Garantie wird nicht nur verletzt, wenn der Gehaltsanspruch ganz oder teilweise dauernd unerfüllt bleibt, sondern jede andere Maßnahme, die dies, wie die Reichshilfe oder die angekündigte Gehaltskürzung, auch vorübergehend bewirkt, ist eine Verletzung. Gegenüber dieser speziellen verfassungsmäßigen Garantie könnte nur eine mit Vorrang ausgestattete Verfassungsvorschrift einen Eingriff in die Gehaltsansprüche der Beamten gestatten. In jedem Falle bedeutet das Vorhaben der Reichsregierung, die Gehälter ihrer Beamten für einen Zeitraum von 3 Jahren zu kürzen, aber einen bedenklichen Abstieg von der Grundlage der wohlerworbenen Rechte.

Die Beamtenschaft verkennt keineswegs die schwierige finanzielle Lage, in der sich das Deutsche Reich, die Länder und Gemeinden befinden. Diese Erkenntnis kann und darf die Beamtenschaft aber nicht hindern, die schweren Bedenken hervorzuheben, die gegen die Maßnahme der Gehaltskürzung vorhanden sind. Die Sicherheit des erdienten Gehalts ist für den Beamten in erster Linie nicht eine materielle Angelegenheit, sondern sie gehört zu seinem Wesen, das ihm Lebensinhalt ist und sein soll. Die Eigenart des Beamtenverhältnisses beruht bekanntlich darin, daß der Beamte aus dem Erwerbsleben mit seinen Konjunkturschwankungen herausgenommen ist. Er hat keine andere wirtschaftliche Basis als die Sicherheit dessen, was er erdient hat, und wenn diese Sicherheit in Frage gestellt wird, so bedeutet dies für ihn dasselbe, als wenn für den Eigentümer das Eigentum in Frage gestellt wird. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich hierbei um Gehalt oder Pension handelt. Es gibt kein Berufsbeamtentum, wenn diese Sicherheit nicht vorhanden ist. Es gibt aber auch keinen Staat, der beanspruchen kann, daß ein Mann sich lebenslänglich und unter Verzicht auf eigene Lebensgestaltung dem öffentlichen Dienst widmet, wenn er ihm nicht verbindlich zusagt, welches Schicksal ihm und den Seinen bei solcher Bindung bevorsteht. Von diesem Standpunkte aus gesehen bedeutet die Frage der Gehaltskürzung sowohl in wirtschaftlicher als auch in rechtlicher Beziehung zweifellos einen bedenklichen Abstieg von den bewährten Grundlagen, auf denen das deutsche Berufsbeamtentum bisher aufgebaut war.

Pr.

Hals- und Beinbruch!

Was uns unsere Freunde wünschen.

Die christlichen Gewerkschaften beschlossen, ihre Stellungnahme zu dem Regierungsprogramm in einem besonderen Schreiben der Reichsregierung mitzuteilen. Dieses Schreiben wird nun in Nr. 240 der Zeitung „Der Deutsche" vom 12. Oktober veröffentlicht; es heißt darin u. a.:

Wir würden es für gerechter halten, wenn der erst zum 1. April n. J. in Aussicht genommene Gehaltsabzug für die Beamten nicht nur schon ab 1. Januar 1931 wirksam würde, sondern auch eine Staffelung nach sozialen Gesichtspunkten erfährt. Die gegenwärtige Notlage bedingt, daß die Beamten mit höheren Einkommensbezügen in stärkerem Maße herangezogen werden. Insbesondere fordern wir auch eine wesentliche gesetzliche Kürzung der hohen Pensionen.

An diesem Schreiben des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften interessiert uns in erster Linie die Erklärung, daß er es für gerechter halten würde, wenn der zum 1. April n. J. in Aussicht genommene Gehaltsabzug für die Beamten schon ab 1. Januar 1931 wirksam würde. Der „Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst" meldete in seinem Berichte über diese Sitzung, daß „an einem Teil der Sitzung des Hauptvorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften auch der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald teilgenommen hat, der lange Jahre hindurch Führer des Gesamtverbandes gewesen ist und der einen großen Teil seiner Lebensarbeit dem Gesamtverband und den angeschlossenen Verbänden gewidmet hat." In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sich unmittelbar nach der Veröffentlichung des Regierungsprogramms, nämlich am 2. Oktober, dahin geäußert hat, „daß nunmehr weitgehend wieder zum Ausgangspunkt von 1927 zurückgekehrt werden muß." Sehr aufschlußreich ist in dieser Hinsicht auch, daß bereits am 9. Oktober der „Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst" einen Artikel zum Regierungsprogramm von einem Vorstandsmitglied eines christlichen Arbeiterverbandes mit den Worten einleitete: „Bei den engen persönlichen Verbindungen, die zwischen maßgebenden Mitgliedern des Kabinetts Brüning und den christlichen Gewerkschaften früher bestanden haben und noch heute bestehen, verdient die Haltung der christlichen Gewerkschaften und der christlich-nationalen Angestelltenverbände zum Regierungsprogramm größte Beachtung."

Bekanntlich waren Dr. Brüning und Dr. Stegerwald christliche Gewerkschaftssekretäre.

Ueberschrift: Die Volksgemeinschaft!

Minister Stegerwald.

In einer Unterredung, die die Frage behandelt, worum es bei dem neuen Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung geht, erklärte der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald u. a., daß heute in allen Kreisen Uebereinstimmung darüber herrsche,

daß der 1927 mit der Neuordnung der Beamtenbesoldung beschrittene Weg falsch gewesen sei und daß nunmehr weitgehend zum Ausgangspunkt von 1927 zurückgekehrt werden müsse.

Das deutsche Preisniveau stehe gegenwärtig mit an der Spitze von allen Ländern, und dieses Preisniveau müsse baldigst herunter, wenn Deutschlands wirtschaftliche Lage sich nicht verstellen und damit die Arbeitslosigkeit vermehrt werden solle. Die Gestehungskosten der deutschen Wirtschaft müßten herabgedrückt werden. Die deutsche Wirtschaft habe an Lohn- und Gehaltsabgaben sowie für Abgaben an die öffentliche Hand 65 Milliarden Mark aufzubringen. Hiervon gingen über 27 Milliarden an Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung. Da von diesen 27 Milliarden die Landwirtschaft aber nur zwei Milliarden aufbringe, sei der Rest von 25 Milliarden auf Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr, freie Berufe, Beamte, Angestellte und Arbeiter abgewälzt worden. Diese gewaltigen Beträge lähmten und bedrückten die gewerbliche und industrielle Wirtschaft. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise verringerten sie trotz Erhöhung der Steuersätze die Steuereingänge und vermehrten die Arbeitslosigkeit. Vom Januar bis Ende September 1930, also

in neun Monaten, seien Volk und Wirtschaft in Deutschland mit 3,4 Milliarden neu belastet worden, also um mehr als vor dem Kriege der gesamte Haushalt des Reiches betragen habe.

In solcher Lage seien Steuererhöhungen nicht mehr möglich. Seien infolge verstärkter Arbeitslosigkeit erhöhte Ausgaben unvermeidbar, müßten diese durch Ersparungen an anderer Stelle aufgebracht werden. In diesem Zusammenhang müsse man die in Aussicht genommene Gehaltskürzung der Beamten und auch die sozial unangenehmen Abstriche am Haushalt 1930/31 ansehen.

Keine Reichsregierung, keine Landesregierung und keine größere Gemeinde komme in den nächsten Jahren um Gehaltskürzungen herum.

Das liege in der Macht der Tatsachen und nicht etwa an der Mißgunst gegenüber den Beamten. Es gehe in der nächsten Zeit um mehr als wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Einzelfragen. Es gehe darum, ob Staat, Demokratie und Wirtschaft gerettet werden sollten, oder ob Deutschland in den Abgrund treiben solle.

Man muß die Beamtengehälter kräftig senken!

Die „Deutsche Handels- und Gewerbe-Zeitung", das Amtsblatt des Reichsschutzverbandes für Handel und Gewerbe und vieler Waren- und Kreditgenossenschaften", schrieb in Nr. 17 vom 5. September 1930:

„Von wirklich eingreifenden Maßnahmen ist im ganzen Programm der Reichsregierung keine Rede. „Die Auswüchse auf dem Gebiet der kommunalen Beamtenbesoldung" sollen beseitigt werden. Das ist alles, was von Beamtenbesoldung in dem Programm der Reichsregierung steht. Daß man die Gehälter einiger Oberbürgermeister und besoldeter Stadträte ein wenig herabsetzt, ist noch nicht einmal ein halter Tropfen auf den heißen Stein der Steuerlasten. Die Beamtengehälter sind einmal der Hauptposten der öffentlichen Ausgaben. Will man diese wirksam senken, d. h. nur der gesunkenen wirtschaftlichen Lage und Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung anpassen, **dann muß man die Beamtengehälter kräftig senken,** und nicht nur bei den paar Spitzen, weil das nicht ausreicht, **sondern bei der gesamten Masse der höheren, mittleren und selbst der unteren Beamten."**

Solche und ähnliche von Haß gegen die Beamtenschaft getragene Aeußerungen sind täglich zu Dutzenden in der Presse des bürgerlichen Mittelstandes zu lesen. Es hat einmal eine Zeit gegeben — es war in den Revolutionsjahren 1918 und 1919 —, wo die mittelständischen Erwerbskreise die Beamtenschaft um Hilfe und Schutz gegen die bolschewistische Gefahr anflehten in der richtigen Erkenntnis, daß es keinen sicheren Halt und Hart gegen Räteterror und gewaltsamen Umsturz gäbe als das überparteiliche, nur dem allgemeinen Volkswohl und der Idee der Volks- und Staatsgemeinschaft dienende deutsche Berufsbeamtentum. Und sie täuschten sich nicht: Die Beamtenschaft bot dem Bürgertum die Hand und rettete den Staat dadurch, daß sie in unwandelbarer Treue und Festigkeit mitten im Chaos die Verwaltungsmaschine und den öffentlichen Verkehr, ohne die es keinen Handel und Wandel und keine geordnete Wirtschaft gibt, im Gang erhielten, vor dem Untergang. Unter dem unmittelbaren Eindruck des Großen, was das Berufsbeamtentum in der Stunde der höchsten Gefahr für Staat und Volk getan hatte, wurde den Beamten von den Führern der Wirtschaft und des Staates versichert: Wir werden euch diese Tat nie vergessen. Heute, nach zehn Jahren, sucht die Presse derselben bürgerlichen Kreise tagtäglich den Beweis zu erbringen, daß dasselbe Beamtentum die Wurzel alles Uebels im Staate und es notwendig sei, den Staat vor der Beamtenschaft zu retten.

Staats-Lotterielose zur neuen Lotterie (1/8 5 ℳ) gibt ab
Lehnert Staatliche Lotterie-Einnahme
Breslau 5, Gräbschenerstr. 1 (Sonnenpl.)
Fernruf 58815, Postscheckkonto 67305

Das Pensionskürzungs-Gesetz angenommen.

Mit 53 gegen 7 Stimmen

Der Reichsrat hielt eine Vollsitzung ab, in der als einziger Punkt das Pensionskürzungsgesetz zur Beratung stand.

Der Berichterstatter, Ministerialdirektor Weyhe, erinnerte daran, daß der Reichsrat in früheren Fällen gegen ähnliche Anregungen Bedenken erhoben habe, da es sich um schwerwiegende Eingriffe in Beamtenrechte handele. Trotz grundsätzlicher Aufrechterhaltung der früheren Bedenken sei man in den Ausschüssen der Auffassung gewesen, daß man jetzt der außergewöhnlichen Notlage Rechnung tragen müsse. Allerdings wurde dabei der Standpunkt betont,

daß es sich um ein verfassungsänderndes Ausnahmegesetz handelt, und daß dieses Gesetz nur für einen bestimmten Zeitraum gelten könne. Die Ausschüsse haben sich für die Hauptbestimmungen auf drei Jahre geeinigt.

Das Gesetz, das unmittelbare Wirkung sowohl für die Beamten des Reiches als auch die der Länder und Gemeinden hat, zerfällt in zwei Hauptteile, die Kürzung der Pension wegen anderweitigen Einkommens und die Kürzung der Höchstpension. Bei der

Pensionskürzung wegen anderweitigen Einkommens

soll eine Kürzung in drei Fällen möglich sein: Beim Bezug eines Diensteinkommens infolge Wiederanstellung oder Wiederbeschäftigung, beim Bezug eines sonstigen Einkommens und beim Bezug eines weiteren Ruhegeldes oder einer sonstigen Versorgung. Im ersteren Falle wird das Ruhegeld nur insoweit gewährt, als das neue Diensteinkommen hinter dem Diensteinkommen zurückbleibt, aus dem das Ruhegeld berechnet ist. Beim Bezuge eines sonstigen Einkommens unterbleibt die Kürzung bis zur Höhe von 6000 Mark. Das Ruhegeld wird im übrigen um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Anrechnungseinkommen das kürzungsfreie Anrechnungseinkommen übersteigt. Eine Kürzung tritt nicht ein, soweit Ruhegeld und Anrechnungseinkommen den Betrag von 9000 Mark jährlich nicht übersteigen. Bei den Ausschußberatungen war es fraglich, wieweit der Kreis des privaten Arbeitseinkommens gezogen werden soll und ob auch in Landwirtschaft und Unternehmen investiertes Kapital hierzu zu rechnen ist. Die Auffassung der Ausschüsse wurde dahin gelegt, daß nur das Arbeitseinkommen betroffen werden soll. Der zweite Abschnitt betrifft

die Höchstpension.

Ergibt sich bei der Berechnung eines Ruhegeldes ein Jahresbetrag von mehr als 12 000 Mark, so wird, wenn der Betreffende der Besoldungsgruppe, aus der sein Ruhegehalt berechnet ist, weniger als fünf Jahre angehört hat, der Mehrbetrag gekürzt, und zwar, wenn dieser Zeitraum mindestens vier Jahre betragen hat, um zehn Prozent, bei drei Jahren um 20 Prozent, bei zwei Jahren um 30 Prozent, bei einem Jahr um 40 Prozent und bei weniger als einem Jahr um 50 Prozent. Keinesfalls darf der Betreffende ungünstiger gestellt werden, als wenn er in einer niedrigeren Besoldungsgruppe verblieben wäre.

Eine längere Aussprache fand noch darüber statt, ob

Reichsbahn, Reichsbank und Religionsgesellschaften

dem Gesetz unterworfen werden sollen. Man war sich über die Notwendigkeit einig, sah aber keine Handhabe, das im Gesetz zwingend auszusprechen. Es wurde deshalb eine Bestimmung beschlossen, wonach diese Institute ermächtigt werden, entsprechende Kürzungsbestimmungen vorzusehen. Ferner wurde folgende Entschließung von den Ausschüssen angenommen: „Der Reichsrat hält es für unbedingt erforderlich, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft und die Reichsbank für ihre Beamten einschließlich der leitenden Beamten bei der Reichsbahn und der Mitglieder des Direktoriums der Reichsbank dem Pensionskürzungsgesetz entsprechende Regelungen treffen. Dasselbe gilt für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften."

In der Abstimmung

wurde das Gesetz mit 53 gegen die sieben Stimmen Sachsens bei Enthaltung der beiden thüringischen Stimmen, also mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen. Die preußischen Provinzen waren zum größten Teil nicht vertreten.

Der Frank Umbach-Dampftopf
Kein Atmosphären-Schnellkocher
Kein Dichtungsring
Kein gefährlicher Dampfüberdruck
Daher:
Vollkommene Erhaltung der Vitamine!
Innen und außen Dauer-Emaille mit
3 Alum.-Einsätzen - 8 Tage zur Probe!
Herz & Ehrlich K. G. Breslau 1
Ring 25, gegenüber Schweidnitzer Keller

Diebs- und Einbruchschadenkasse
Deutscher Postverband
Gegründet 1913 Gegründet 1913
Berlin NW 12, Bundesratufer 13

Billigste gemeinnützige Versicherungsanstalt für Beamte, Geistliche, Lehrer usw.
Pauschalversicherung des gesamten Haushalts in einer Summe unter günstigsten Bedingungen:
Feuer und Einbruch nur je 30 Pf. einschließlich Versicherungssteuer für das Jahr und Tausend der Versicherungs-Summe **ohne jegliche Nebengebühren**
Beitragsfreie Versicherung der Witwen von Kassenmitgliedern bis je 10 000 Mk. Versicherungssumme
Vermittlung von Schäden, Umzugs-, Reisegepäck- usw. Versicherungen zu günstigsten Sätzen. Ausführliche Druckschriften und Antragsformulare durch Vertrauenspersonen und Vorstand der Kasse.
Berlin NW 12, Bundesratufer 13.

Aus dem Ortskartell.

Der Ausschuß für Werte- und Ruhestandsbeamte tagte am 14. Oktober und befaßte sich eingehend mit der gegenwärtigen Lage sowohl in rechtlicher als auch materieller Beziehung dieser Beamten. Das Ergebnis der Besprechung war folgende Entschließung: „Der Ausschuß erhebt nachdrücklichst Protest gegen die in Aussicht genommenen Maßnahmen der Regierung zur Kürzung auch der Bezüge der im Ruhe- und Wartestande befindlichen Beamten, sowie der Beamten-Hinterbliebenen.

Der Ausschuß erblickt darin eine rechtlich und wirtschaftlich untragbare Schädigung der Angehörigen dieser Gruppen, die vielleicht zwar möglich wäre unter Umgehung der Verfassung, die aber als höchst unsozial in ihrer Art geeignet sein würde, das Vertrauen der Beamtenschaft im Volksstaate zu untergraben."

Obwohl seit längerer Zeit und mehrere Male die Gauen der dem Deutschen Beamtenbund angehörigen Verbände gebeten worden sind, ihren Vertreter für den Ausschuß namhaft zu machen, fehlen diese Angaben noch von den Gauen III, IV und VI. Wir bitten deshalb nochmals, uns baldmöglichst Name, Stand, Wohnung der Vertreter zum Werte- und Ruhestandsbeamten-Ausschuß beim Ortskartell Groß-Breslau mitzuteilen.

Aus dem Schlesischen Pensionär-Verbande.

Breslauer Pensionär-Verband. Die am 10. d. Mts. im großen Saal des Binzenhauses zahlreich besuchte Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz des Ober-Postrat i. R. Wagner hielt erkennen, welch große Not in den Pensionär- und Hinterbliebenenkreisen herrscht. Die Belastungsprobe ist aufs höchste gespannt und es ist noch gar nicht abzusehen, wann der Beharrungszustand in der Aufbringung von Mitteln für das Reich eintreten wird. Von dem Dankschreiben des Majors a. D. Berndes, der am 18. d. Mts. seinen 85. Geburtstag feiern konnte, wurde Kenntnis genommen. Ueber die Tagung des Reichsverbandes der Ruhebeamten vom 18. bis 20. September berichtete der stellvertretende Vorsitzende OPS. i. R. Rohl. Ueberall treten Zerrissenheit im Staate und der Mangel an Geld in den Vordergrund. Diese Erscheinung ist keineswegs neu, verschärft sich aber von Tag zu Tag. Auf die traurige Lage der Haustöchter ist im Reichsverbande ebenfalls hingewiesen worden. Die Provinz Schlesien ist im Reichsverbande mit 53 Ortsgruppen und mit über 10 000 Mitgliedern vertreten. Der Schlesische Provinzialverband der Pensionäre hält am 18. d. Mts., vormittags 11 Uhr, im Binzenhause eine erweiterte Vorstandssitzung ab. Nach der Tagesordnung werden die Provinzial-Satzungen nunmehr endgültig festgesetzt werden; es hat lange gedauert, bevor dieser Punkt auf die Tagesordnung gekommen ist. Die Werbungsarbeiten sollen weiter gefördert werden. De.

Die Ortsgruppe Freystadt (Oder) des Schlesischen Pensionär-Verbandes hielt am 9. d. Mts. im Hotel „Drei Berge" eine sehr gut besuchte Monatsversammlung ab. Vorsitzender Hennig begrüßte die Erschienenen, insbesondere den stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialverbandes Schlesien, OPS. i. R. Rohl aus Breslau sowie den Vorsitzenden der Ortsgruppe Freystadt, Schneider. Herr Rohl erhielt das Wort zu seinem Vortrage, in dem er alles das beleuchtete, was die den Staat noch heut führende Beamtenschaft, einschließlich der Ruhe- und Wartestandsbeamten sowie Beamtenhinterbliebenen, angeht. Er bedauerte das einseitig zurückbehaltene Notopfer, die Reichshilfe, und bemerkte, daß immer mehr eine Reduzierung der Gehälter in den Vordergrund trete, um die gewiß notwendig gewesene Gehaltsaufbesserung von 1927 wieder rückgängig zu machen. Schlimm genug, besonders auch für die Altpensionäre, die schon 1920 empfindlich geschädigt wurden, schlimm genug aber auch für alle anderen Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen, die vielfach nicht das allernotwendigste zum Lebensunterhalt haben. Die Geschäftswelt wird in allererster Linie die große Senkung der Ruhegehälter spüren, weil ja der Beamte, solange er noch Geld hat, im allgemeinen der beste Konsument sei, der die Gehaltsbezüge zum großen Teil alsbald in die Adern der Geschäfte zu leiten gezwungen ist. Eine lebhafte Diskussion setzte ein und brachte noch mancherlei Aufklärung. Herr Schneider-Freystadt kennzeichnete Richtlinien, die eingeschlagen werden müssen. — Es waren recht interessante Stunden, welche die Anwesenden einen schwachen Hoffnungsschimmer mit nach Hause nehmen ließen. Allen Rednern wurde lebhafter Beifall gezollt. Vorsitzender Hennig dankte allen, die zu dem harmonischen Verlauf der Versammlung beigetragen haben und schloß in der Hoffnung auf ein Wiedersehen zu einer besseren Zeit. De.

Personalien.

Regierung. Einberufen die Katasterzivilanwärter Herzig in Breslau als Katasterfupernumerar in Strehlen i. Schles.) (Katasteramt), Beschnitt in Neumarkt i. Schles. als Katasterfupernumerar in Wohlau (Katasteramt), Winschiers in Deis i. Schles. als Katasterfupernumerar in Groß-Bartenberg (Katasteramt) und Baumert, Wilhelm, in Habelschwerdt als Katasterfupernumerar in Frankenstein i. Schles. (Katasteramt). — Angestellt als Regierungssekretär ab 1. Oktober 1930 der Regierungspraktikant Paull.

Oberpostdirektion: Uebertragen sind Stellen für Oberpostinspektoren: König, PA. in Brieg, Bez. Breslau, Prahl, Renner, Wilhelm Scholz, sämtlich in Breslau; für Telegraphenbauführer: Bartsch, TG. in Reichenbach (Eulengebirge); für Telegraphensekretäre: Elisabeth Kirchner, TAss., in Neurode, Martha Selkmann, TAss., in Neumarkt (Schles.); für Postassistenten: Ahmann, PBetrAss., in Breslau. Planmäßig angestellt als Postbetriebsassistent: Magdalene Ostwaldt, PBn., in Faulbrück. Versetzt sind: Schaal, PA., von Königsberg (Pr.) nach Breslau, Hanus, OPS., von Mittelwalde (Schles.) nach Strehlen (Schles.), Robert Hoffmann, PM., von Bansen nach Meitsch (Schles.), Dahlke, PD., von Neumarkt (Schles.) nach Eckernförde, Weinhold, TBW., von Breslau nach Habelschwerdt als TBMr., Friebe, PA., von Waldenburg (Schles.) nach Friedland (Eulengeb.), Helene Rohner, PAss., in Breslau, Valerie Schimmek, TAss., in Breslau. — Freiwillig ausgeschieden: Mabel, OPS., in Bad Salzbrunn. — Gestorben: Josef Rinke, OPS. a. D., in Breslau, Boenisch, OPS. a. D., in Frankenstein (Schles.), Habicht, OPS. a. D., Tieß, OPS. a. D., Tonn, OTS., Alfred Geppert, PAss., Robert Schwarz, PAss. a. D. Julius Sommer, PAss. a. D., sämtlich in Breslau.

Eingesandt.

Das wahre Gesicht

Das Programm der Regierung Brüning, welches schon wegen des Gehaltsabbaues bei der Beamtenschaft keine Billigung findet, wird von den verschiedenen Parteien, je nach dem Stande ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Regierung, mehr oder weniger heftig kritisiert. Dabei ist gerade für die Beamtenschaft psychologisch die Feststellung außerordentlich interessant, zu

Im Spezialhaus für Polstermöbel finden Sie mehr als **250 Clubsessel**
im Stoff von 24 Mk. an
in Leder von 90 Mk. an
Ferner kompl. Garnituren
Sofa, Chaiselongues, Clubtische

69.– Mk.
Sesselhaus J. Günzburger
Albrechtstr. 14

welchen Mitteln die betreffenden Parteien bezw. die ihnen nahestehenden Zeitungen greifen, um diese Kritik ihren Anhängern recht plausibel zu machen. Den Vogel in diesen Bestrebungen scheint eine Breslauer Tageszeitung mit einem kürzlich erschienenen Artikel abschießen zu wollen. Diese Zeitung, die so oft sich berufen fühlte, ihre Beamtenfreundlichkeit ins rechte Licht zu stellen, hält es für besonders zweckmäßig, ausgerechnet Gruppen der Beamtenschaft zum Vergleich mit dem Reichskanzler Brüning heranzuziehen, um dadurch die Minderwertigkeit der Arbeiten dieses Kanzlers recht deutlich und unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen. Dr. Brüning wird mit einem Steuersekretär verglichen, der in seinen Kleidern den Aktendeckelgeruch und die Luft der kleinen Finanzamtsstube mit sich herumtrage. In ähnlicher Tonart sind die anderen Ausführungen gehalten und die verschiedensten Stände und Berufsgruppen werden zu dem Vergleich mit der Tätigkeit des Reichskanzlers in ungehörigster Weise herangezogen. Die Maske, die diese Zeitung gegenüber der Beamtenschaft jahrelang getragen hat, ist durch eine impulsive Entgleisung etwas gelüftet worden. Auf der einen Seite ein liebenswürdiges Werben um gerade Beamten-Abonnenten, auf der anderen Seite werden diese Beamten als Symbol für besondere Minderwertigkeit auf allen Gebieten, namentlich jedoch diejenigen des Geistes hingestellt. Es gehört wirklich eine große Portion — milde ausgedrückt — Kühnheit dazu, seinen Lesern derartiges aufzutischen, ganz abgesehen wieder von der Einschätzung des Einbruches auf die Beamtenleserschaft. Die Beamtenschaft wird hoffentlich nun endlich ihre vermeintlichen „Freunde" erkennen. H. E.

Drei Finanzminister wissen keinen andern Rat.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich.

Reichsfinanzminister Dietrich hat in der Sitzung des Reichsrats gesagt, daß den Beamten „tatsächlich durch unsere Vorlage 2½ Prozent am Gehalt abgezogen werden". Er hat also kein Hehl daraus gemacht, daß es sich um eine Gehaltskürzung handelt, die nun zu einem dauernden Zustand und in völlig untragbarer Form gemacht werden soll.

Reichsfinanzminister Dietrich hat als verantwortlicher Ressortminister nicht einmal die Zusicherung eingehalten, die er seinerzeit gegeben hat, nämlich, vor einschneidenden Maßnahmen mit den Spitzenorganisationen der Beamtenschaft Fühlung zu nehmen.

Die Oeffentlichkeit wird unter Druck gestellt. Plötzlich zeigt sich wieder ein Riesendefizit von rund 1 Milliarde. Das ist um so verwunderlicher, da Reichsfinanzminister Dietrich in seiner programmatischen Wahlrede (!!), die er am 4. September in Mannheim hielt, der Meinung Ausdruck gab, daß die Finanzen bis Ende des Jahres als geordnete angesprochen werden dürften, so daß man sich in aller Ruhe die weiteren Maßnahmen überlegen könne. Jedenfalls ging aus seinen Ausführungen hervor, daß für die nächsten Monate mit Zahlungsschwierigkeiten nicht zu rechnen sei. Das war am 4. September, zehn Tage später waren die Reichstagswahlen, und wieder zehn Tage später war plötzlich erneut ein Defizit von einer Milliarde vorhanden.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff.

In der Meldung, die amtlich über die Beratungen des Kabinetts am 27. September ausgegeben wurde, ist von besonderem Interesse, daß zu den Verhandlungen des Reichskabinetts nicht nur Reichsbankpräsident Dr. Luther, sondern auch der Preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff zugezogen wurde. Unmittelbar vor der Kabinettsberatung fand eine Unterredung zwischen Reichskanzler Brüning und dem Preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff statt. Wenn nun am 25. September der „Amtliche Preußische Pressedienst" von zuständiger Seite erfährt, daß „die von einigen Zeitungen übernommene Meldung einer Korrespondenz, wonach im Preußischen Finanzministerium ein Gesetzentwurf über die Kürzung von Beamtengehältern vorbereitet wird, unzutreffend ist", so geht dieses Dementi an der Tatsache vorbei, daß der Leiter des Preußischen Finanzministeriums maßgebend an den Beratungen des Reichskabinetts beteiligt war. Da die offizielle Wolff-Meldung von den einstimmigen Entschließungen des Reichskabinetts spricht, so hätte sicherlich der Preußische Finanzminister nicht versehlt, Erklärungen zu geben, wenn er Bedenken gegen die Gehaltskürzungspläne geltend gemacht hätte. Jedenfalls hätte man es auch sicherlich von seiten der Reichsregierung vermieden, die Hinzuziehung des Preußischen Finanzministers in den Satz über die einstimmigen Entschließungen des Reichskabinetts hineinzuarbeiten, wenn hier irgendwelche Dissonanzen sich gezeigt hätten. Es darf daher wohl die Zustimmung des Preußischen Finanzministers auch zu den neuen Notopferplänen ohne weiteres als richtig unterstellt werden, und es fragt sich nur, inwieweit sich das Gesamtkabinett in Preußen dem Votum des Preußischen Finanzministers anschließen wird.

Schon am 24. 9. gab der Preußische Finanzminister in einem Erlaß I A 2. 4234a folgendes bekannt:

Bei dem großen Prozentsatz mit dem die persönlichen Ausgaben an dem Gesamtausgabenbedarf der Staatsverwaltung beteiligt sind, ist aber auch

an einer Senkung der persönlichen Ausgaben nicht vorbeizukommen.

Deshalb müssen die Ansätze der Ministerialzulagen, der nichtruhegehaltsfähigen Aufwandsentschädigungen, der nebenamtlichen und nebengeschäftlichen Vergütungen, der Prüfungsvergütungen, der Unterstützungen und Notstandsbeihilfen eine Herabsetzung erfahren, ein entsprechender Staatsministerialbeschluß bleibt, soweit erforderlich, vorbehalten.

Darüber hinaus aber wird bis zur Vorlegung des Haushalts an die parlamentarischen Körperschaften noch nach weiteren Maßnahmen zur Einschränkung der persönlichen Ausgaben gesucht werden müssen.

Alle diese vorstehend angeführten Vorschläge sind aber nur Notbehelfe. Eine wirklich durchgreifende Ersparnis ist nur zu erreichen durch eine Beschränkung der staatlichen Betätigung auf die lebensnotwendigen Aufgaben und durch die damit verbundene vollständige Aufhebung von Behörden, Anstalten, Instituten und sonstigen staatlichen Unternehmungen.

Der in dieser Richtung ergangene Kabinettsbeschluß vom 8. Juli 1930 hat leider nur wenige Ressorts zu nennenswerten praktischen Ersparnisvorschlägen veranlaßt. Das Staatsministerium hat der Oeffentlichkeit gegenüber die Bereitwilligkeit erklärt, dem einstimmig gefaßten Beschlusse des Landtags auf Zuleitung von Vorschlägen zur Einschränkung des Ausgabenbedarfs nachzukommen. Bei dem starken Drängen der öffentlichen Meinung auf Verbilligung der öffentlichen Verwaltung muß diese Erklärung des Staatsministeriums eingelöst werden. Ich behalte mir vor, eine weitere Vorlage auf organisatorische Einschränkung des Staatsbetriebes dem Kabinett zugehen zu lassen, falls die großen Zuschußressorts mir nicht alsbald weitere nennenswerte praktische Vorschläge zugehen lassen.

Reichsfinanzminister a. D. Dr. Reinhold.

Es hat sich jetzt der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gemeldet, und zwar in der „Vossischen Zeitung" (Nr. 458 vom 28. September), wo man ihn wohl nun als ständigen Leitartikler begrüßen darf. Dr. Reinhold, der offenbar das Bestreben hat, seinem Freunde Dietrich beizuspringen, hat jetzt plötzlich die Entdeckung gemacht, daß die Besoldungsreform die Summe von 2 Milliarden im Jahre verschlingt. Er übertrifft damit die Behauptungen des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald. Nun kann wirklich niemand auch beim besten Willen behaupten, daß Herr Dr. Stegerwald der Beamtenschaft besonders wohlgesinnt sei. Noch in diesem Sommer hat Herr Stegerwald ausgerechnet, daß durch die Besoldungsreform vom Dezember 1927 eine Mehrbelastung von 1½ Milliarden entstanden sei. Bei Dr. Reinhold sind es schon 2 Milliarden geworden.

Nun sind ja die Ansichten über die Finanzpolitik des früheren Ministers Dr. Reinhold nicht nur bei seinen politischen Gegnern sehr geteilt, sondern auch in seinem engeren politischen Freundeskreise. Dr. Reinhold erklärt jetzt, nicht seine Steuersenkungen hätten die Finanzmisere verursacht, sondern die Besoldungsreform. Daran knüpft er die Forderung:

„Eine den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte und sozial abgestufte Besoldungsreform ist eine Staatsnotwendigkeit, deren Durchführung weder Parteiinteressen noch Rücksichten anderer Art aufhalten dürfen."

Herr Dr. Reinhold vergißt dabei nur eins: Nämlich, daß er es war, der als Reichsfinanzminister im Jahre 1926 die Notwendigkeit einer Besoldungsreform als dringend bezeichnete, daß er es war, der bedauerte, daß er diese Besoldungsreform nicht mehr hätte durchführen können, und schließlich, daß er es war, der seinen Nachfolger mit Nachdruck daran erinnerte, er müsse das Versprechen, das er, nämlich Reinhold, gegeben habe, einlösen.

Der frühere Reichsfinanzminister Reinhold meint dann, eine innere Berechtigung erhalte eine solche Aktion (nämlich Gehaltskürzung) nur dann, „wenn gleichzeitig die schon im Gange befindliche Senkung der Preise systematisch gefördert und damit die Kaufkraftverminderung der betroffenen Kreise ganz oder zu einem erheblichen Teil ausgeglichen wird." Mit Verlaub! Wo ist die schon im Gange befindliche Senkung der Preise? Wir haben davon bis jetzt nichts gemerkt, und es bleibt das Geheimnis des Herrn Dr. Reinhold, sie offenbar schon verspürt zu haben. Aus der ganzen, mit großem Pomp angekündigten Preissenkungsaktion ist bisher nichts geworden. Diese Feststellung allein besagt schon, daß die Forderung des Herrn Dr. Reinhold in keiner Weise berechtigt ist. Wir bedauern nur, daß er, der seinerzeit die Notwendigkeit der Besoldungsreform bejaht hat, jetzt sich in die vorderste Reihe derer stellt, die die Gehaltskürzung propagieren.

Es ist unwahr, zu behaupten, daß „wir nicht in das Finanzelend hineingekommen wären, wenn wir 1927 nicht die Besoldungserhöhung gebracht hätten." Die leeren Reichskassen stammen, und das sollte gerade Dr. Reinhold noch besser wissen als der gewöhnliche Sterbliche, der der hohen Politik fern steht und die finanziellen Zusammenhänge nicht so klar übersieht, die leeren Reichskassen stammen aus den Jahren 1925 und 1926, wo die Reichsregierung Milliardenausgaben beschloß, ohne für die Deckung zu sorgen. So führte sie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durch, das weit über 1 Milliarde Mehrausgaben hervorrief. Gleichzeitig nahm sie eine Senkung der Umsatzsteuer vor, die einen jährlichen Einnahmeausfall von 300 bis 400 Millionen brachte. Zur Deckung der Fehlbeträge wurden die Ueberschüsse aus den Jahren 1924 und 1925 verwendet und außerdem der außerordentliche Etat auf das schwerste belastet. Dazu kam die Steigerung der Daweslasten auf den Höchstbetrag von 1¼ Milliarden und im Jahre 1929 das Einsetzen der Weltkrise auf dem Warenmarkt mit ihren ungeheuren Ausgaben für die Arbeitslosigkeit. Das sind die wahren Ursachen der gegenwärtigen Finanznot in Deutschland und nicht die Besoldungserhöhung von 1927, die die Kaufkraft des Beamteneinkommens stärkte und damit den inneren Markt belebte, also im Grunde, wie Reichsfinanzminister Dr. Köhler seinerzeit sehr richtig bemerkte,

ein weiteres Geschenk an die Wirtschaft

war. Die Finanznot in Deutschland ist auch nicht zuletzt dadurch entstanden, daß es in der Wirtschaft ein Heer von Steuerdrückebergern und ½ Milliarde Steuerrückstände gibt, ferner daß von der Wirtschaft nach den Angaben des Herrn Stegerwald 8 Milliarden deutsches Kapital ins Ausland verschoben wurden, wodurch Deutschland jährlich Milliarden an Zinsen, Kapital- und Arbeitsgewinn verloren gehen.

Jetzt ist die Chance riesengroß,
Das Glück verdoppelt seine Macht,
Kauf bei
Max Kosa
Dir ein Los
Ring, Numero 8!
Staatl. Lotterie-Einnahme
Breslau 1, Ring 8

Hinweise und Empfehlungen.

Pfarrer Kneippverein. Am Mittwoch, den 29. Oktober, 8 Uhr abends, spricht im Binzenhaus ein Bundesmitglied aus Bad Wörishofen über das Thema: „Hausmittel nach Pfarrer Kneipp". Fragenbeantwortung, für Beamtenfamilien von Wichtigkeit. Gäste herzlich willkommen.

Die Konzertdirektion Hainauer teilt mit: Hatsue Yuasa aus Tokio wird am Dienstag, 20 Uhr im Kammermusiksaal Lieder aus ihrer Heimat singen. — Am Donnerstag gibt Irena von Dubiska ihren Violin-Abend im Kammermusiksaal. Die Künstlerin bringt Werke von Respighi, J. S. Bach, Szymanowski, De Falla, Wieniawski. — Am Sonnabend veranstaltet das Schlesische Konservatorium anläßlich seines 50jährigen Bestehens ein Fest-Konzert mit Werken von Max Puchat (Leiter des Konservatoriums von 1910—1919), Hermann Lipe (Direktor von 1919—1924) und Hermann Buchal (derzeitiger Direktor), sowie von Ernst August Boelkel. Es wirken mit: Das Hennig-Quartett, Eva Becker, Helene Plüddemann, Willi Kopmann und Hermann Buchal. — Am 3. November Vortrags-Abend Dora Lotti Kretschmer. 6. November Vortrags-Abend Margarethe Janoske. 11. November Lieder-Abend Margarete Wein. 12. November Konzert der Kopmann-Schüler. — Karten bei Julius Hainauer, nur Schweidnitzer Straße 52.

Buchbesprechungen.

Bürger — Staat — Wirtschaft. Ein Lehr-, Lern- und Nachschlagebuch von Dr. R. Fahl und M. Ruhm. Zweite verbesserte Auflage. 1. Bürger und Staat, 136 Seiten. Preis 2 Mk. — 2. Bürger und Wirtschaft, 200 Seiten, Preis 2,80 Mark. Beide Teile in einem Bande gebunden 5,80 Mk. Das Buch dient der Erwachsenenbildung und ist vielfach in Beamtenschulen im Gebrauch. Eine recht günstige Beurteilung hat bereits die erste Auflage erfahren. In der zweiten Auflage wurden noch einige Verbesserungen vorgenommen, so daß das Buch auch regen Beifall finden wird. „Der Beamtenbund" schreibt: Eine Staatsbürgerkunde und Volkswirtschaftslehre, wie sie vielen Beamten nur erwünscht sein kann. Die Verfasser bieten den umfangreichen Stoff so mundgerecht, daß die Erarbeitung eines jeden Abschnittes ein Vergnügen ist.

Die Reichsverfassung in Frage und Antwort, nebst Anhang: Das Wichtigste aus der Verfassung Preußens. Bearbeitet von Konrad Kolbe, Oberregierungs- und Schulrat. 10. und 11. verbesserte und vermehrte Auflage. 44 Seiten. Preis 50 Pfg. — In Form von Fragen und Antworten wird dem Leser das Wesentlichste der Verfassung vermittelt. Die Belehrungen über die Reichsverfassung erfolgt nicht in der Reihe der Paragraphen, sondern nach wohlgeordneten Sachgebieten. Dieses Büchlein bietet eine der besten Einführungen in die Reichsverfassung. Man kann daher die Anschaffung des wohlfeilen Büchleins empfehlen.

Das deutsche Luftschiff. Seine Geschichte, Einrichtungen und Fahrten. Von Erich Beier-Lindhardt. 48 Seiten mit 26 Abbildungen und Skizzen. Preis 65 Pfg. Gebunden 1,25 Mk. — Das Buch enthält nicht nur eine Darstellung der Entwicklung unserer Zeppeline, sondern gibt auch Aufschluß über den Verbleib der 128 Vorgänger des „Graf Zeppelin", seinen Bau, Einrichtung und Betrieb, bringt Bilder und Schilderungen vom Flug um die Welt und behandelt die Zukunftspläne im Luftschiffwesen.

Diese Nummer umfaßt 4 Seiten.

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Geo Ebert-Rankow; für den Anzeigenteil: i. V.: Agnes Gorlle. Herausgegeben von Fritz Krausse.
Druck und Auflieferung: Leopold Freund, sämtlich in Breslau.
Redaktionsschluß: Mittwoch nachmittag 5 Uhr.

Kunden-Kredit *befreit von Sorgen!*

Sie erhalten **Zahlungserleichterung** in nahezu 100 führenden Geschäften Breslaus durch die **Kunden-Kredit** G. m. b. H. Breslau, Gartenstraße 67 (Capitol

Spielplan der Breslauer Theater

Stadt-Theater (Opernhaus)
Sonntag, 19. 10. 15.30 Uhr **„Der lustige Krieg“**
20.15 Uhr Erstaufführung **„Neues vom Tage“**
Montag 20. 10. 20,15 Uhr **„Der Barbier von Sevilla“**
Dienstag, 21. 10. 19 Uhr **„Lohengrin“**
Mittwoch, 22. 10. 20.15 Uhr **„Neues vom Tage“**
Donnerstag, 23. 10 19.30 Uhr **„Die Fledermaus“**
Freitag 24. 10. 19.30 Uhr **„Tannhäuser u. d. Sängerkrieg auf Wartburg“**
Sonnabend, 25. 10. 20,15 Uhr
Sonntag, 26. 10. 16 Uhr 20.15 Uhr
Zweitägiges Gastspiel **„Japanisches Theater Tokio“**

Lobe-Theater:
Sonntag, 19 10. 15.30 Uhr **„König Richard der Dritte“**
Sonntag, 19. 10, 20.15 Uhr **„Katharina Knie“**
Montag, 20. 10. 20.15 Uhr und täglich **„Katharina Knie“**
Dienstag, 21. 10. 15.30 Uhr **„König Richard der Dritte“**
Sonnabend, 25. 10. 20,15 Uhr Zum ersten Male! **„Mrs. Cheney's Ende“** Lustspiel in 3 Akten v. Frederick Lonsdale Autor. deutsch. Übers. von Julius Berstl
Thalia-Theater:
Sonntag, 19. 10. 20.15 Uhr und täglich **„Potsch und Perlmutter“**
Sonnabend, 25. 10 20,15 Uhr Zum ersten Male! **„Die Opunzie“** Komödie d. Prominent. von Max Brod und H. N. v. Nack

Schauspielhaus
Operettenbühne Tel. 26300
Direktion O. Lorch
Täglich 8 Uhr: Der **Sensations-Erfolg** Große Sedlitz in
Drei Musketiere
mit Ida Guttmann, Galda Gorell, Ina Wimmer
Sonnabend, 18. Okt. nachm. 4 Uhr, Sonntag, 19. Okt. nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen
Die Reise ins Märchenland
Großes Kindermärchen mit Gesang und Tanz
Jed. Sonntag 4½ U.
Land des Lächelns

Festspielhaus
Lehmdamm 32
Ab Freitag, den 17. Oktober
Wien, du Stadt der Lieder
W.: 4½, 6½, 8½ U.
S.: 2½, 4½, 6½, 8½ U.
Kinder erste Vorstellung halbe Preise.

LIEBICH
Theater Ruf 84646
2× täglich
4 Uhr nachm. 8 Uhr abends
Internat. Varieté

WAPPENHOF
Täglich außer Sonnabend
Große Nachm.-
Varieté-Vorstellung
mit internationalem Programm
Programmwechsel jeden 1. und 16. des Monats
Eintritt: Wochentage 30 Pfg. Sonntage 50 Pfg.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag
Gr. Abendvorstellung mit Ball
mit ungekürzt. Programm. 2 Kapellen
Eintritt einschl. Ball: Wochent. 50 Pfg. Sonntags 1.— Mk.
Jeden Montag und Freitag: **Bunter Ballabend** mit Varieté-Einlagen
Jeden Sonnabend: Vereinsvergnügen

Historische Gaststätte Breslau's
Bischofstraße 4
Spezial-Ausschank **„Bischofsbräu-Gold“**
Schoppen 27 Pfg.
Schoppen Rheinwein 27 Pfg.
Jeden Dienstag u. Sonnabend
Riesen-Eisbeine
mit Erbsen und Sauerkraut und Meerrettich
Jeden Donnerstag
Gr. Schweineschlachten

Pelz-Mäntel, Herren-Pelze Pelz-Kragen, Besätze und Felle
sehr reell und billig
G. Krügl, Kürschnermstr.
Breslau 1, Ring 30 II, Fernsprecher 21947

Nach neuest. Modell.
werden alte Pelzmäntel und -Jacken erstklassig, sehr billig modernisiert
Höfchenstraße 50, 1. Etg. Kein Laden!
Pelz-Niederlage. Große Auswahl sämtlicher Felle.

Viele Besucher und Käufer **sprachen ihre Bewunderung aus**
über die umfangreichen Lager u. billigen Preise von Möbeln jeder Art im Volksspeicher. In den nächsten Wochen stehen wieder zum Verkauf eleg. Schlafzimmer, gefl. Birke, Mahagoni, sowie streng moderne Herren- u. Speisezimmer, letztere auch in kaukas. Nußbaum, mehrere eleg. Pianos, gebraucht und neu besonders billig. Legt. auch auf Teilzahlung u. gegen Miete.
Meldungen an den Lagerhalter des **Ersten Breslauer Möbelvolksspeicher** Robert W. Stache, Berliner Straße 9

Möbl. 2 fenst. Zimmer
Optitzstraße 44, hptr. lks.
zu vermieten

Arno Lutze
Geschäftsstelle Hauptpost Abb. Postscheckkto München 10247
100 St. 3.–4.–5.–7.19 10.–12.–
ggs. Nachnahme Porto extra. Bei Vorausendung frankiert

Pianos
× seitig 300 M, 400 M, 500 M
E. Velten
Klosterstraße 47 I

Teppiche Gardinen ohne Anzahlung **12 Monatsraten**
Verlangen Sie gratis Preis-Kataloge M 133
Leisner & Co
Berlin, Leipziger Str. 38

WEGEN VOLLSTÄNDIGER GESCHÄFTSAUFLÖSUNG
TOTAL AUSVERKAUF
Wir räumen Pelze
Herren-Anzüge und -Mäntel
Burschen-Anzüge u. -Mäntel
Loden-Anzüge und -Mäntel
Trench-Coats • Ski-Anzüge
Knickerbocker • lange Hosen
Stoffe und Zutaten
selbst die neuesten Eingänge zu
Schleuderpreisen
Anzüge und Mäntel von 22.— Mark an
Zahlungs-Erleichterung durch Kunden-Kredit G. m. b. H., Gartenstr. 67
W. Hamburger & Co
DAS HAUS DER HERREN-MODEN
SCHWEIDNITZER STRASSE NR. 9

Dominikaner
Inhaber: Wilhelm Flöter
Spezial-Ausschank der Brauerei Sternnagel-Hause
Gut bürgerliche Küche
Mittagstisch von 90 Pfg. an
Jeden Dienstag: **Schweinschlachten**
Jeden Sonnabend: **Eisbeinessen**

Brauerei-Ausschank Schwarze Krähe
Neumarkt 34/35 Inh. Paul Edler
Das beliebte Familienlokal
Ausschank von gepflegten Spezial- und Lagerbieren
Anerkannt gute Küche
Mittagstisch 90 Pfg. im Abonnem. 80 Pfg.
Täglich Schweins- und Kalbshaxen
Jeden Dienstag u. Sonnabend **Eisbeine**
Täglich Unterhaltungsmusik
Empfehle meine Vereinszimmer

Kappen billig, schick und elegant
Schwarze Sammet-Kappe mit weißem Stirnband und Schleife
6,50 4,50
Sehr fesche Glocke in ganzwelch. Qual. mit breit. flott. Ripsband-Garnitur, große Kopfwelten
Eigene Fabrikation seit 45 Jahren
Oskar Garn, Filzhutfabrik
Ring, Am Rathaus 10.
Umarbeitung unmoderner Damen- und Herrenhüte billig.

Beier & Olowinsky
Herrenstr. 31. u. Schweidnitzerstr. 10-11
RATENZAHLUNG OHNE AUFSCHLAG

Wendeln der beste Saumabschluß für Röcke und Volants
H. Arldt
Ohlauer Straße 67, 2 Etg.

Pianos Harmoniums in großer Auswahl Ständige **Gelegenheitskäufe** in gespielt. Instrument. von **400.— Mark** an Reparaturen Stimmungen
Karl Hiller
Neue Graupenstraße 12

Pianos neu, 1. Weltmarken u. andere, ab 800 Mk. Teilzahlung. **Ständig Gelegenheitskäufe** gebr. Marken. Pianos ab 350 Mk.
J. GLENZ
Gartenstr. 69, n. Capitol

Ofen kaufen Sie am billigsten bei **Fritz Kügel** Breiter Straße 27

Oberhemden, Nachthemden etc. näht sauber und schnell.
H. Arldt
Ohlauer Straße 67, II

Wußten Sie schon? — daß Sie in **Geldnot** sofort — reell — diskret **Bargeld** in jeder Höhe auf Pfänder erhalten und **allerbillig. Gelegenheitskäufe** in nur besten Gebrauchsgegenständen aller Art allein im behördlich konzessionierten **Leihhaus Richter,** Neudorfstr. 59, tätig. können. Geöff. woch. 8 — . Tel. 84676

Afrobilm Schnupfen-Pulver zu haben in den Apotheken

Spiralmatratzen mit Auflegekissen Klubsessel, Sofas, Chaiselongue auch auf Teilzahlung bei **Matzke, Paulstraße 5 Telephon 26857**

Von Auktion sehr gut erh. ×sait. **Piano** billig zu verkaufen.
Leihhaus **Brüll & Co**
Matthiasstraße 88

Als Weihnachtsgeschenke
Töchter-Ausstattungen (auch einzelne Stücke)
Bettwäsche
Tischwäsche
Küchenwäsche
Steppdecken
nur allerbeste Qualität. zu niedrigsten Preisen, **gegen tiefste monatlich. Ratenzahlungen**
Zuschr. unter B 450 an die „Beamten-Post“

Darlehen ohn. Vorspesen an Beamte. Tägliche Auszahlungen. Rückporto
E. Walter
Telegraphenstraße 5

Reklame-Angebot!
Ab Fabrik direkt an Beamte
1 Dtzd. Gerstenkorn-Handtücher 45×100 cm groß, reinweiß, m. echt bunt Bordüre, kräftige Ausfteuerqualität
und 6 sehr gute Frottiertücher 40×100 cm groß, echtes Schlingengewebe, reinweiß, mit modernen bunten Karos, I a Zwirnqualität, unverwüstl.
zusammen nur RM 10.—, zahlbar am 1. Januar
Keine Nachnahme; bedingungslose Zurücknahme bei Nichtgefallen. Katalog über 300 Artikel gratis und portofrei.
Gebr. Wirth
Mech. Bettwäschefabrik
Münchberg in Bayern

Im neuen Geschäft nur die neuesten
Radioapparate Sprechmaschinen Schallplatten
zu billigsten Preisen
Günstige Teilzahlung
Werkstatt mit Prüffeld
Carl Bolz
Ohlauer Straße 65
Am Christophoriplatz - Tel. 58570

Das neue Mende
Radio-Netzgerät, wundervolle Klangwirkung
für RM. 50.—
(Anzahlung. Rest in 6 Monatsraten)
Curt Waeber
— Junkernstr. 19, Seitenhaus —
Telefon 59703

Pianos und **Flügel**
neue Rekewitz. Deussen, Linke Adler v. 800. - Mk an
Gelegenheitskäufe in gebrauchten Pianos zu 800.—, 400.—, 500.—, 600.— Mk
Harmoniums gebraucht von 200.— Mk. an
Teilzahlung gestattet!
MARTHA SCHMIDT, Nikolaistr. 54/55

„Esru“
Erstes Schles. Reinigungs-Unternehmen
Inh.: Wilhelm Philipp
reinigt wie neu
Wände, Decken u. Tapeten
schnell — billig — ohne Schmutz
Geschäftsstelle: Ursulinerstr. 7a, Telefon 21285
Wohnung: Kreuzstraße 45, Telefon 25110

Otto Schmidt
Kürschnermeister
Breslau I, Ring Nr. 58
Fernsprech-Anschluß 53673
Pelzmäntel billiger auch auf Teilzahlung
Umarbeitungen / Reparaturen billigst / Felle aller Art

Klavierstimmen Klavierpflege Klavier-Bartsch
Breslau X, Lehmdamm 29
Telefon 59648

Naturheilverein Pfarrer Kneipp
Kommen Sie am **Mittwoch, den 22ten Oktober,** 8 Uhr abends, zu uns ins Winzenhaus. Vortrag eines Bundesmitgliedes aus Würshofen
Hausmittel nach Pfarrer Kneipp
Fragenbeantwortung. Für Beamtenfamilien von Wichtigkeit. Eintritt 30 Pfg. Gäste herzl. willkommen.

PIANO FLÜGEL HARMONIUM
großes Lager. Preiswert unter günstigen Zahlungsbedingungen
Traugott Berndt (Inh. Ed. Pohl)
Ring 8, I. Fernsprecher 20686